



Hamburger Bürgerschaftswahl

## Historischer Sieg

Mit einem in der Geschichte der Bundesrepublik einmaligen Zugewinn von über 20 Prozent bei einer Landtagswahl gelang der Union bei den vorgezogenen Bürgerschaftswahlen in Hamburg ein glänzender Start ins Superwahljahr 2004.

Mit ihrem Spitzenkandidaten, dem Ersten Bürgermeister Ole von Beust, verbesserte sich die CDU im Vergleich zur Bürgerschaftswahl 2001 um 21 Prozentpunkte und kann mit 47,2 Prozent erstmals in der Geschichte der

### INHALT

Laurenz Meyer:  
Emissionshandel  
„Mutwillige Arbeitsplatzzerstörung“  
(Seite 7)

Dokumentation:  
Bürgerschaftswahl  
in Hamburg  
Innenteil

## HEUTE AKTUELL

■ Hans-Gert Pöttering: Mit dem Bus auf Informationstour durch Mitteleuropa (Seite 5) ■ CDU-Mitgliedernetz: Europawahlplattform gestartet (Seite 6) ■ Friedrich-Otto Ripke: Ein Jahr nach dem Regierungswechsel – Niedersachsen ist wieder da! (Seite 8) ■ kurz & bündig (Seite 9) ■ Katherina Reiche: Innovationsdynamik lässt nach (Seite 10) ■ Dirk Fischer, Gero Storjohann: Tempolimit – Forderung ist grüner Populismus (Seite 11) ■ Hartmut Koschyk, Christian Schmidt: Verfassungsgrundlage für Bundeswehreinsetzung im Inneren (Seite 12–13) ■ Gerald Weiß: Mindestlohn – richtiges Ziel, falsches Instrument (Seite 13–14) ■ Günter Krings: Ausbildungsabgabe: Wer ist der Verlierer? (Seite 14)

► Hansestadt alleine regieren. In der neuen Hamburger Bürgerschaft stellt die CDU 63 Abgeordnete. Rot-Grün stellt nur 58 Abgeordnete.

Ein historisches Ergebnis erreichte auch die SPD: Sie stürzte auf 30,5 Prozent ab – das mit Abstand schwächste Ergebnis der SPD in der Nachkriegsgeschichte in der Hansestadt. Die Niederlage beim ersten innenpolitischen Stimmungstest 2004 bedeutet auch für die Regierung von Bundeskanzler Schröder einen herben Rückschlag. Die SPD macht da weiter, wo sie unter Schröder aufgehört hat.

ren. Mit dem Wahlergebnis hätten die Wähler der CDU und ihm nicht nur einen großen Sieg geschenkt, sondern auch viel Verantwortung auferlegt. „Wir tragen jetzt die alleinige Verantwortung für Hamburgs Zukunft“, betonte von Beust. Der Erste Bürgermeister kündigte Verbesserungen für Schulen und Kindertagesstätten an. Die Schulen sollten mit ausreichend Lehrern versorgt werden, damit die eingeleiteten Reformen zügig umgesetzt werden könnten. Die Kinderbetreuung werde verbessert, sagte Ole von Beust.

### Verantwortung übernehmen

Der Wahlsieger Ole von Beust zeigte sich „sehr dankbar“ über das Ergebnis. Der Wahlausgang sei auf die erfolgreiche Wahlkampfstrategie und die „freundschaftliche und emotionale Unterstützung“ durch die Bundespartei zurückzuführen.

### Mut und Verlässlichkeit

Angela Merkel sieht im Wahlsieg in Hamburg einen „riesigen Erfolg“ der Gesamtstrategie der CDU. Es sei ein gemeinschaftlicher Sieg der Hamburger CDU und der Bundespartei. Der Erste Bürgermeister Ole von Beust habe gezeigt,

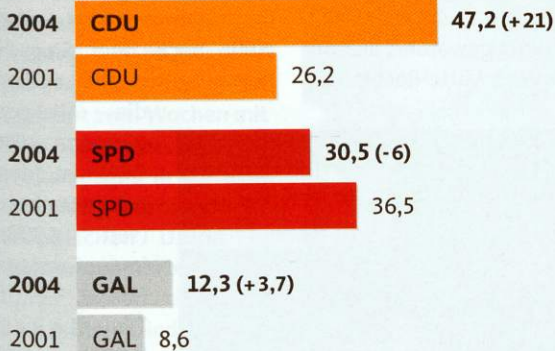
IMPRESSUM

UNION IN DEUTSCHLAND – Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Harald Walter, Klingelhofstraße 8, 10785 Berlin, Telefon 0 30-220 70-3 72, e-mail: uid@cdu.de, Verlag: Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Telefon 0 22 26-8 02-0, Telefax 0 22 26-8 02-1 11-3 33. Vertrieb: Telefon 0 22 26-8 02-213, e-mail: oliver.murmann@ubg-medienzentrum.de, Verlagsleitung: Bernd Profitlich. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementpreis jährlich 32,00 € Einzelpreis 1,00 €. Abbestellung schriftlich oder per e-mail nur unter Einhaltung einer Frist von 3 Monaten zum Quartalsende. Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.



## Wahl zur Hamburger Bürgerschaft 2004

(Amtliches Ergebnis in Prozent)



Quelle: Landeswahlinstitut

dass sich Mut und Verlässlichkeit in der Politik rentieren. Sie freue sich, dass jetzt ein stabiler Senat die Arbeit von Beusts unterstützen könne. Von den Wahlen gehe auch ein „inhaltliches Signal“ aus. Auf Bundesebene werde die Union nun verstärkt klare Konzepte vorlegen, so auf dem Gebiet der Steuer- und Rentenpolitik, kündigte Angela Merkel an. In der CDU seien „Nord und Süd in einer Balance.“ Der Wahlausgang gebe „ermutigende Signale“. Die Menschen erwarteten von der CDU, dass sie auch in der Opposition mehr Verantwortung übernehme, sagte die Vorsitzende der CDU Deutschlands.

### Kein „Münfte“-Effekt

„Das Hamburger Ergebnis ist die erste Ohrfeige für die SPD der Müntefering-Ära,“ urteilte Laurenz Meyer. Der Hoffnungsträger der SPD sei entzaubert, bevor er überhaupt in sein neues Amt gewählt ist. Aus dem schlechtesten Ergebnis in ihrer einstigen Hochburg Hamburg können die Sozialdemokraten lernen: Personalrochaden alleine bringen nichts. „Die Menschen in diesem Land brauchen einen Politikwechsel,“ sagte der CDU-Generalsekretär und wies darauf hin, dass die CDU ist die einzige Partei ist, die in Nord und Süd, in Ost und West und im

städtischen Umfeld ebenso wie in ländlichen Regionen mehrheitsfähig ist. Als „herausragendes Beispiel für die Umsetzung der neuen Werbelinie“ bezeichnete Laurenz Meyer den frischen und aufmerksamkeitsstarken Wahlkampf der Hamburger CDU.

### Bundespolitischer Rückenwind

Für den CDU-Landesvorsitzenden Dirk Fischer geht mit einer CDU-Alleinregierung in Hamburg „ein Traum in Erfüllung“. Der Landesvorsitzende begrüßte den Sieg seiner Partei als „ganz großen Erfolg“ des Spitzenkandidaten. Er habe die Wähler mit seiner Politik beeindruckt. Zudem habe es starken Rückenwind aus der Bundespolitik und der CDU-Bundespartei gegeben. Der Hamburger CDU-Fraktionschef Michael Freytag verspricht sich vom Ausgang der Bürgerschaftswahlen Kontinuität in der Hamburger Politik. Bürgermeister Ole von Beust habe hohe Sympathiewerte und stehe gute Sacharbeit, sagte Freytag. Dies sei gut für die Stadt. „Wir können jetzt endlich Politik aus einem Guss machen“, ergänzte Freytag.

## Wahlergebnisse

Neben den Sozialdemokraten werden die Hamburger Grünen auf der Oppositionsbank Platz nehmen

Gründers 19,4 Prozent geholt hatte, versinkt mit 0,5 Prozent in der Bedeutungslosigkeit.

Die vorgezogene Wahl war nötig geworden, als von Beust die Mitte-Rechts-Ko-

alition. Sie vereinigen in der Länderkammer zur Zeit 41 der 69 Stimmen auf sich. Hamburg hat davon drei Stimmen. Die Union stellt nach dem Sieg in Hamburg in sechs Ländern

die Alleinregierung. Die CDU ist derzeit in Sachsen (seit 1990), im Saarland (1999), in Thüringen (1999) und in Hessen (2003) alleinige Regierungspartei. Hamburg kommt jetzt hinzu. In Bayern regiert seit 1966 die CSU alleine. Die SPD dagegen ist mittlerweile



v. l. n. r.: Angela Merkel, Ole von Beust, Laurenz Meyer und Dirk Fischer

müssen. Die Grün-Alternative Liste konnte sich um 3,7 Punkte auf 12,3 Prozent (11 auf 17 Mandate) verbessern, verfehlte aber ihr Ziel eines Wiedereinzugs in den Senat. Die FDP und die neue Partei des rechtskonservativen früheren Innensenators Ronald Schill, Pro DM/Schill, verfehlten klar den Sprung in die Bürgerschaft. Die inzwischen mit Schill verfeindete Partei Rechtsstaatlicher Offensive, die 2001 unter Führung ihres

alition im Dezember wegen des Dauerkonflikts mit seinem früheren Innensenator Schill aufkündigte. Vorausgegangen war eine einmalige Serie politischer und persönlicher Entgleisungen des Parteigründers.

## Bundesrat

Im Bundesrat festigten die unionsgeführten Länder mit dem CDU-Sieg in Hamburg ihre klare Mehr-

heit. In keinem Bundesland mehr unabhängig von einem Koalitionspartner. In den 90er Jahren war sie in Bremen (bis 1991), in Nordrhein-Westfalen (bis 1995), in Brandenburg (bis 1999), im Saarland (seit 1999) und in Sachsen-Anhalt (bis 2002 von der PDS toleriert) allein für die Regierungsgeschäfte verantwortlich. Im vergangenen Jahr fiel in Niedersachsen auch die letzte SPD-geführte Alleinregierung.



## Mit dem Bus durch Mitteleuropa

Der Vorsitzende der EVP-ED-Fraktion, Hans-Gert Pöttering, wird im März und April in einem Zeitraum von insgesamt zwei Wochen mit einem Bus zu einer Informationskampagne in die acht neuen Mitgliedstaaten der Europäischen Union in Mitteleuropa starten.

„Wir wollen die Menschen in ihren Ländern besuchen und mit ihnen ins Gespräch kommen. Wir möchten sowohl über ihre Fragen an die Europäische Union und die Zukunft ihrer Länder in der EU diskutieren als auch über aktuelle politische Fragen in der EU informieren“, erläuterte Pöttering das Ziel seiner Reise. Pöttering wird während der Bustour durch die einzelnen



Hans-Gert Pöttering

Länder an Konferenzen und Seminaren zu europäischen Themen teilnehmen, Unternehmen und landwirtschaftliche Betriebe besuchen, mit Bürgermeistern und Grenzpolizisten sprechen. Ausserdem wird er Vertreter der Parteien treffen, die bereits mit Beobachtern in der EVP-ED-Fraktion, der mit 232 Ab-

geordneten und 65 Beobachtern mit Abstand grössten Fraktion im Europäischen Parlament, vertreten sind. An den verschiedenen Haltestellen des Busses wird Pöttering an öffentlichen Veranstaltungen teilnehmen und die Gelegenheit wahrnehmen, auch informell mit Bürgerinnen und Bürgern ins Gespräch zu kommen. Folgender Zeitablauf ist für die Bustour geplant:

- 15. März: Slowenien
- 16. März: Ungarn
- 17. März: Slowakei
- 18./19. März: Tschechien
- 3./4. April: Malta
- 5. April: Zypern
- 16./17. April: Polen
- 22./23. April: Litauen
- 24. April: Lettland
- 25. April: Estland

### Hintze und Laschet in Exekutivkomiteé der CDI gewählt:

Der europapolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Peter Hintze, ist in Madrid erneut zum Vizepräsidenten der Christlich-Demokratischen Internationale (CDI) gewählt worden. Präsident des Zusammenschlusses von Christdemokraten aus allen Kontinenten ist der spanische Ministerpräsi-

dent José Maria Aznar. Vizepräsidenten aus Europa sind neben Hintze auch der portugiesische Ministerpräsident Jose Manuel Durao Barroso, der ungarische Oppositionsführer Viktor Orban, der Präsident des italienischen Parlaments Pier Ferdinando Casini sowie die norwegische Kultusministerin Val-

gerd Svarstad Haugland.

Zum Schatzmeister der 95 Mitgliedsparteien aus 78 Ländern wurde der Europaabgeordnete Armin Laschet gewählt, der zugleich Vorsitzender des Bundesfachausschusses für internationale Zusammenarbeit und Menschenrechte der CDU Deutschlands ist.

CDU-Mitgliedernetz

# Europawahlplattform im Internet

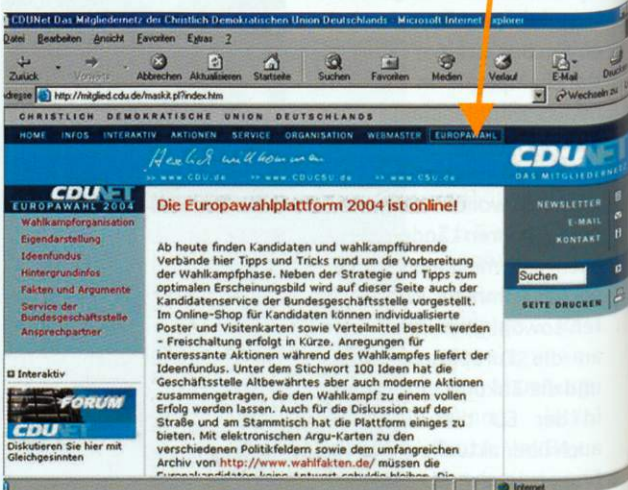
**Der Europawahlkampf 2004 wirft seine Schatten voraus.**

Die CDU hat mit einer eigens eingerichteten Europawahlplattform den Vorwahlkampf eröffnet. Unter [www.cdunet.de](http://www.cdunet.de) in der Rubrik Europawahl finden Kandidaten und wahlkampfführende Verbände Tipps und Tricks rund um die Vorbereitung der Wahlkampfphase.

Neben der Strategie und Tipps zum optimalen Erscheinungsbild wird auf der Seite auch der Kandidatenservice der Bundesgeschäftsstelle vorgestellt. Im Online-Shop für Kandidaten können individualisierte Poster und Visitenkarten sowie Verteilmittel bestellt werden. Anregungen für interessante Aktionen während des Wahlkampfes liefert der Ideenfundus. Unter dem Stichwort 100 Ideen hat die Geschäftsstelle Altbewährtes aber auch moderne Aktionen zusammengetragen, die den Wahlkampf zu einem vollen Erfolg werden lassen.

Auch für die Diskussion auf der Straße und am Stammtisch hat die Platt-

**Neuer Navigationspunkt  
„Europawahlkampf“!**



form einiges zu bieten. Mit elektronischen Argu-Karten zu den verschiedenen Politikfeldern sowie dem umfangreichen Archiv von [www.wahlfakten.de](http://www.wahlfakten.de) müssen die Europakandidaten keine Antwort schuldig bleiben. Die Europawahlplattform ist eine Ergänzung zum Wahlkampfhandbuch, das den Verbänden und Kandidaten in Kürze zugehen wird.

Die Plattform wird ständig mit aktuellen Hinweisen und Tipps ergänzt. Regelmäßiges Vorbeischauen lohnt sich.



## WEBTIPP

Ein umfangreiches Informationsangebot zur Europawahl finden Sie auch auf den Europawahlseiten des Bundeswahlleiters. Unter <http://www.bundeswahlleiter.de/euwahl04.htm> finden Sie u.a. einen Service für Auslandsdeutsche, Service für Unionsbürger, Informationen zu den Parteien und Rechtsgrundlagen. Besonders informativ: das „Wahl ABC“. Die 75-seitige Broschüre steht als PDF-Dokument zum Download zur Verfügung.



## Emissionshandel

## „Mutwillige Arbeitsplatzzerstörung“

**Laurenz Meyer hat Bundeswirtschaftsminister Clement zum Widerstand gegen Bundesumweltminister Trittin aufgefordert.**

Der Osnabrücker Zeitung sagte der CDU-Generalsekretär, dass er von Clement erwarte, „dass er beim Emissionshandel hart bleibt und sich gegen seinen Ministerkollegen durchsetzt.“ Trittin müsse bei dem Versuch gestoppt werden, mit einer nicht marktgerechten Regelung des Emissionshandels „mutwillig Arbeitsplätze in Deutschlandkaputt zu machen“.

„Was Trittin macht, ist Investitionssteuerung und nicht Marktwirtschaft“, kritisierte Laurenz Meyer. Der Umweltminister müsse einsehen, dass Deutschland bei der CO<sub>2</sub>-Reduzierung schon „in erheblichem Maße“ Vorleistungen gegenüber anderen Ländern erbracht habe. Wenn jetzt „national noch einmal auf europäische Pläne draufgesattelt“ werde, sei dies „ein Anschlag auf die deutsche Wirtschaft und deren Arbeitsplätze“. Meyer warnte davor, dass bei einer unsachgemäßen Gestaltung des „eigentlich sehr guten marktwirtschaftlichen Instruments Emissionshandel“



Laurenz Meyer

verstärkt Unternehmen ins Ausland abwandern könnten. Kritik übte Laurenz Meyer daran, dass der Bundestag aufgrund des zögerlichen Vorgehens der Bundesregierung noch nicht über Details des nationalen Verteilungsplanes für CO<sub>2</sub>-Emission habe debattieren können.

Durch den Handel von Abgasemissionen, der EU-weit zum 1. Januar 2005 startet, soll der Abgas-Ausstoß sinken. Mit seinem Vorschlag eines „nationalen Allokationsplans“, der eine CO<sub>2</sub>-Reduktion um durchschnittlich 7,5 % bis zum Jahr 2007 fordert, belastet Umweltminister Trittin die rot-grüne Koalition erheblich. Das Bundeswirtschaftsministerium befürchtet Wettbewerbsnachteile für deut-

sche Unternehmen, da die EU bis 2007 eigentlich noch keine Kohlendioxid-Reduktion vorschreibt. Die Wirtschaft fürchtet Zusatzkosten, Wettbewerbsnachteile sowie neue Bürokratie. Bei einem Krisengespräch im Kanzleramt konnte keine Einigung zwischen den Ministern erzielt werden. Einig ist man sich bisher nur, dass das Parlament in den inhaltlichen Fragen weitgehend umgangen werden soll. Bis zum 31. März muss die Bundesregierung ihren nationalen Zuteilungsplan an die EU-Kommission melden.

## Mitgliederwerbung

Die Mitgliederkampagne der CDU ist weiterhin sehr erfolgreich. Dank der Bemühungen zahlreicher Kreis- und Ortsverbände sind im Januar 2004 3.115 neue Mitglieder zur CDU gekommen. Das ist der beste Wert seit langem. Da kann die SPD nicht mithalten: Ihre Mitglieder kehren den Genossen in Scharen den Rücken. Allein im Januar 2004 sind ca. 10.000 Menschen aus der SPD ausgetreten.

# Niedersachsen ist wieder da!

**Ein Jahr nach dem Regierungswechsel in Niedersachsen hat Friedrich-Otto Ripke positive Bilanz gezogen.**

„Nach 13 Jahren Rot oder Rot/Grün war das Land vor die Wand gefahren. Jetzt ist Niedersachsen wieder da“, sagte der CDU-Generalsekretär. Es herrsche Aufbruchstimmung im Lande: ■ Arbeitslosigkeit gesunken: Niedersachsen lag im Oktober 2003 auf Platz 5 der westdeutschen Flächenländer – so weit vorne wie nie. Damit ist es das einzige Bundesland, in dem die Arbeitslosigkeit gegenüber dem Vorjahr zurückging. ■ Jugendarbeitslosigkeit gesunken: seit Februar 2003 gibt es 12 000 arbeitslose Jugendliche weniger. ■ ein Plus beim Wirtschaftswachstum: die Wirtschaftskraft steigt um 0,2 Prozent – gegen den Bundestrend. ■ weiteres Wachstum erwartet: die NORD/LB prognostiziert für 2004 in Niedersachsen ein Wirtschaftswachstum von 1,5 bis 1,7 Prozent.

„Dies alles sind Ergebnisse unserer Politik der Haushaltskonsolidierung und des Bürokratieabbaus“, so Ripke. Wirtschaft und Mittelstand bräuchten nicht mehr Vorschriften wie zum Beispiel



Friedrich-Otto Ripke

die Ausbildungsplatzabgabe, sondern weniger: „Wir geben der Wirtschaft die Luft zum Atmen, damit sie wieder handlungsfähig wird. Nur so können Arbeitsplätze erhalten bleiben.“

Mit Christian Wulff habe das Land einen Ministerpräsidenten, der für Glaubwürdigkeit und Seriosität stehe. „Nur wer hält, was er verspricht, und nur verspricht, was er auch umsetzen will und kann, kommt bei den Bürgern an“, so Ripke. Dass Wulff bei den Bürgern großes Vertrauen genieße, hätten die Niedersachsen kürzlich in einer Umfrage noch einmal eindrucksvoll dokumentiert.

Auch in den Bereichen Schule und Bildung hat die CDU Zeichen gesetzt. So wurde das Wahlversprechen, 2500 neue Lehrer einzustel-

len, gehalten. Damit konnte eine nahezu 100prozentige Unterrichtsversorgung erreicht werden. Ripke: „Wir betreiben keine Gleichmacherei, sondern wir wollen, dass Kinder begabungsgerecht gefördert werden.“ Wichtige Schritte seien dabei die Abschaffung der Orientierungsstufe bei gleichzeitiger Durchlässigkeit des dreigliedrigen Schulsystems.

Weiter wurden beim Thema Innere Sicherheit Fortschritte erzielt. Nach 13 Jahren SPD hatte Niedersachsen die niedrigste Polizeidichte bundesweit. Das hat die CDU geändert. Niedersachsen bekommt 1000 neue Polizisten – ein weiteres Wahlversprechen, das gehalten wurde.

Das Ziel der CDU ist es, Unternehmen, Behörden und Bürger von unsinnigen und überflüssigen Vorschriften zu befreien. So werden im Zuge der Verwaltungsreform zum Ende dieses Jahres die Bezirksregierungen abgeschafft. Die Landesverwaltung soll bürgernah neu geordnet werden; Vorschriften und Verordnungen kommen auf den Prüfstand; ein Drittel von ihnen kann ersatzlos gestrichen werden.



## DIW-KONJUNKTUR-BAROMETER:

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) prognostiziert für Januar bis März ein BIP-Wachstum von 0,4% im Vergleich zum Vorquartal. Für eine durchgreifende Konjunkturerholung seien die binnenwirtschaftlichen Impulse jedoch noch zu gering, heißt es. Die stark eingetrübten Umsätze im Handel signalisierten immer noch schwache Konsumausgaben der privaten Haushalte. Diese dürften laut DIW zum Jahresende 2003 abermals an Kaufkraft verloren haben.

## REKORDDEFIZIT

bei der Pflegeversicherung: Die Gesetzliche Pflegeversicherung hat laut einer Hochrechnung des Verbandes der Angestellten-Krankenkassen 2003 ein deutlich höheres Defizit angehäuft als erwartet. Anstatt 500 Millionen Euro, wie vom Bundesgesundheitsministerium prognostiziert, fehlten demnach im vergangenen Jahr 650 Millionen Euro in der Kasse; 270 Millionen Euro mehr als 2002. Die Reserve der Pflegeversicherung schrumpfte damit von 4,8 auf 4,3 Milliarden Euro.

## GKV-BEITRÄGE

sinken kaum: Im Januar ist der durchschnittliche Krankenkassen-Beitrag um lediglich

0,05 Prozentpunkte von 14,32% auf 14,27% gesunken. Nach einer Umfrage des Handelsblatts haben nur zwölf von 230 Krankenkassen eine Beitragssenkung zum 1. Januar in Kraft gesetzt bzw. konkret geplant. In Aussicht gestellt hatte die Bundesregierung für 2004 einen Beitragssatz von 13,6%.

## DEUTSCHE OHNE VERTRAUEN

in Rentenkasse: Laut einer Emnid-Umfrage glaubt eine überwältigende Mehrheit der Deutschen nicht mehr daran, dass die Rente sicher ist. 83% der Befragten geben demnach an, dass die Politik zu wenig unternehme, um die gesetzlichen Altersbezüge zu sichern.

## EU-INFORMATIONEN

nicht ausreichend: 40 Prozent der Deutschen finden sich nicht ausreichend informiert. 45 Prozent hielten die Menge an Berichten über Europa für ausreichend. Nur drei Prozent sagten, dass zu viel über das Thema EU berichtet werde. Viele Deutsche wünschen sich von ihren Medien mehr Informationen über die „oft komplizierte Politik in der Europäischen Union.“ Das geht aus einer gerade veröffentlichten Meinungsumfrage „Eurobarometer“ der EU-Kommission hervor.

## INTERNETNUTZUNG:

Mehr Männer als Frauen nutzen das Internet. Einer Studie des Bielefelder Meinungsforschungsinstitutes TNS Emnid zufolge waren im vergangenen Jahr 59 Prozent der deutschen Männer mit dem Internet vertraut. Bei den Frauen beträgt die Quote 42 Prozent. Im Jahr zuvor waren es 49 Prozent bei den Männern und 35 Prozent bei den Frauen. Damit sei der Vorsprung der Männer im weltweiten Netz größer geworden.

## DÄMPFER FÜR KONJUNKTUR:

Der starke Euro und die Angst vor einem Reform-Stillstand haben das Vertrauen der deutschen Wirtschaft in einen Konjunkturaufschwung beschädigt. Der Geschäftsklimaindex des Münchner ifo Instituts für Wirtschaftsforschung im Februar fiel deutlich von 97,5 auf 96,4 Punkte.

## KEINE ABSCHRECKUNG

durch Haftstrafen. Mehr als drei Viertel aller kriminellen Jugendlichen kommt nach einer Haftstrafe wegen weiterer Straftaten erneut vor Gericht. Nach der von Kriminologen erarbeiteten ersten Rückfallstatistik wurden fast 78 % der zwischen 1994 und 1998 aus der Haft entlassenen Jugendlichen rückfällig.



## Innovationsdynamik lässt nach

**Die Zahlen zur Forschung in der Wirtschaft, die der Deutsche Stifterverband für die Wissenschaft jährlich erhebt, legen es offen:**

Die Innovationsdynamik der deutschen Unternehmen lässt nach. 2003 haben sie erstmals seit 1992 weniger für Forschung und Entwicklung ausgegeben. Lagen die Steigerungsraten Ende der 90er Jahre noch bei 10 Prozent, ist jetzt ein Minuswachstum zu verzeichnen. 2003 waren es 0,2 Prozent weniger. Für 2004 ist mit einem weiteren Rückgang der FuE-Ausgaben zu rechnen.

Dies macht deutlich, dass die Bilanz von 5 Jahren rot-grüner Forschungspolitik verheerend ist. Die deutschen Unternehmen investieren nicht in den Forschungsstandort Deutschland, weil die SPD dies beschließt und eine Innovationskampagne mit viel PR startet, sondern sie brauchen entsprechende Rahmenbedingungen. Genau diese gewährt die Regierung Schröder ihnen nicht:

- 2004 streicht die Bundesregierung den Etat des Bundesministeriums für Bildung und Forschung um rund eine viertel Milliarde Euro. Betroffen sind vor allen Dingen



Katherina Reiche

der Hochschulbau und Zukunftstechnologien, wie Nanotechnologie, das Genomforschungsnetz usw.

- In wichtigen Zukunftstechnologiebereichen, wie der Biotechnologie, der Nanotechnologie usw. fehlen Strategien.

- Viele Technologiebereiche, wie z. B. die Grüne Gentechnik und die Fusionsforschung werden aus ideologischen Gründen ausgebremst. Genehmigungsverfahren werden erheblich verzögert. Die gesamte deutsche Pflanzenzuchtindustrie ist gefährdet.

- Der Ausstieg aus der Kernkraft führt zum Zusammenbruch des kerntechnischen Know Hows in Deutschland.

- Der Transrapid fährt in Schanghai. In Deutschland wurde er faktisch beerdigt.

- Die EU-Biopatentrichtlinie ist in Deutschland immer noch nicht umgesetzt, dies führt zu Unsicherhei-

ten bei der Medikamentenentwicklung.

- Obwohl die EU-Chemikalienpolitik den Chemiestandort Deutschland bedroht, gibt es von der Bundesregierung kaum Protest.

- Technologische Projekte in Zusammenarbeit zwischen Staat und Wirtschaft werden zum Flop. Mit dem Scheitern der LKW-Maut geht nicht nur die Chance auf die Setzung eines europäischen technologischen Standards verloren, sondern es stehen innovative Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur auf dem Spiel.

- Der Emissionshandel droht nach rot-grünen Plänen so umgesetzt zu werden, dass es zu weiteren Kostenbelastungen für die Unternehmen kommt.

Für mehr Innovationsdynamik in Wirtschaft und Gesellschaft braucht Deutschland keine Innovationskampagne, sondern bessere Rahmenbedingungen. Für innovative Branchen benötigen wir eine neue Politik, d. h., höhere Priorität für Bildung und Forschung im Bundeshaushalt und die gezielte Förderung der Zusammenarbeit von Forschung und Wirtschaft etwa durch eine Forschungsprämie.

**Katherina Reiche** ist forschungspolitische Fraktionssprecherin



## Tempolimit-Forderung ist grüner Populismus

### Erklärung zur aktuellen Forderung nach einem Tempolimit von 130 Km/h in Deutschland:

Der schreckliche Unfall in Karlsruhe sollte nicht für eine ideologische Diskussion missbraucht werden.

Nicht eine überhöhte Geschwindigkeit war die Ursache dieses tragischen Unglücks, sondern das grob rechtswidrige Verhalten des auffahrenden Wagens. Jemand, der sich nicht an die geltende Rechtsordnung hält und wie in diesem Fall andere Mitmenschen nötigt, würde auch ein bestehendes Tempolimit mit den Füßen treten.

Dabei ist zu bedenken, dass in Deutschland heute bereits auf den Autobahnen ein fast flächendeckendes Tempolimit besteht. Aber auch bei Unfällen, bei denen überhöhte Geschwindigkeit als Unfallursache genannt wird, liegt meist eine der Situation nicht angepasste Geschwindigkeit zu Grunde. Da würde auch ein generelles Tempolimit nichts nutzen.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hält daher flexible Verkehrsregelungen an Engpässen, Unfallschwer-



Dirk Fischer



Gero Storjohann

punkten oder witterungsbedingt gefährdeten Streckenabschnitten für erheblich wirkungsvoller als ein generelles Tempolimit. Hierbei sollte moderne Technik wie Telematik genutzt werden.

Aber auch durch Aufklärung und polizeiliche Kontrollen sollte sichergestellt werden, dass fundamentale Sicherheitsaspekte, wie beispielsweise das Verbot des zu dichten Auffahrens und das Verbot auf Autobahnen rechts zu überholen, auch eingehalten werden.

**Dirk Fischer** ist verkehrspolitischer Fraktionssprecher, **Gero Storjohann** der zuständige Berichterstatter.

## Verfassungsgrundlage für Bundeswehreinsatz im Inneren

**Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion wird in Kürze einen eigenen, mit den Innenministern der unionsgeführten Länder abgestimmten, Gesetzentwurf zur Änderung des Grundgesetzes vorlegen, um eine**

**klare verfassungsrechtliche Grundlage für die Abwehr terroristischer Gefahren und anderer Sicherheitskatastrophen durch die Bundeswehr zu schaffen.**

Das von der Bundesregierung vorgelegte Luftsicherheitsgesetz schafft für die seit dem 11. September 2001 offenbar gewordenen Bedrohungen nicht die erforderliche klare Rechtsgrundlage.

Derzeit darf die Bundeswehr außer zur Verteidigung nur eingesetzt werden, wenn dies im Grundgesetz ausdrücklich zugelassen ist. Eine Einsatzregelung allein im Luftsicherheitsgesetz der Bundesregierung genügt daher nicht zur Ausräumung der verfassungsrechtlichen Unklarheiten. Insbesondere diejenigen, die im Ernstfall über die schwierige Entscheidung des Einsatzes zu entscheiden haben, haben Anspruch auf eine unzweifelhaft klare Regelung im Grundgesetz.

■ Der Gesetzentwurf der CDU/CSU-Fraktion wird folgende Schwerpunkte haben:

■ Der Einsatz von Streitkräften bei der Abwehr von Gefahren aus der Luft wird im Grundgesetz geregelt. Dies ist nötig, weil weder



Hartmut Koschyk



Christian Schmidt

die Bundes- noch die Länderpolicen auf Grund ihrer Ausrüstung in der Lage sind, solche Gefahren abzuwehren. Eine Amtshilfeabgabe allein – wie von der Bundesregierung für ausreichend gehalten – schafft die unabdingbare Klarheit nicht.

■ Die Bundeswehr soll nach Vorstellung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion eine originäre Zuständigkeit auch für die Abwehr von Gefahren von See her bekommen. Es muss möglich sein, dass militärische Schiffe Kontrollen etwa bei unzulässigen Waffenlieferungen oder Umweltdelikten durchführen.

■ Im Fall von terroristischen Bedrohungen soll es zu Aufrechterhaltung oder Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung möglich sein, Streitkräfte zur Unterstützung der Polizei zum Schutz von zivilen Objekten anzuordern. Dies zielt auf Extremsituationen, in denen die jeweils zuständige Landespolizei an die Grenze ih-

rer Ressourcen stößt und auch die Unterstützung durch die Kräfte und Einrichtungen anderer Länderpolizeien oder des Bundesgrenzschutzes nicht ausreicht. Auch im Ausland

übernimmt die Bundeswehr bereits Aufgaben im Objektschutz.

■ Zudem will die CDU/CSU-Fraktion im Grundgesetz festgeschrieben sehen, dass die Bundeswehr auch zur Verhinderung besonders schwerer Unglücksfälle oder Katastrophen eingesetzt werden darf. So können bei drohenden Anschlägen die spezifischen Fähigkeiten der Bundeswehr etwa im Bereich der ABC-Abwehr eingesetzt werden.

An der grundsätzlichen Aufgabenteilung im Bereich Polizei und innere Sicherheit zwischen Bund und Ländern ändert sich mit dem Entwurf der CDU/CSU-Fraktion nichts. Angesichts der Bedrohungen durch den internationalen Terrorismus ist jedoch eine engere Verknüpfung zwischen innerer und äußerer Sicherheit und damit eine rechtliche Klärung durch Änderung des Grundgesetzes nötig.

**Hartmut Koschyk** ist innenpolitischer, **Christian Schmidt** verteidigungspolitischer Fraktionssprecher.

## Mindestlohn – richtiges Ziel, falsches Instrument

### Erklärung zur Forderung der Gewerkschaft ver.di nach einem gesetzlichen Mindestlohn:

Von allen Seiten erntet ver.di-Chef Bsirkse für den Vorstoß für einen gesetzlichen Mindestlohn Kritik. Und es stimmt ja auch: Aus gutem Grund ist es in Deutschland Sache der Tarifvertragsparteien, Löhne und sonstige Arbeitsbedingungen festzulegen.

Theorie und Praxis liefern ein ganzes Bündel von Argumenten gegen einen gesetzlichen Mindestlohn. So können Mindestlöhne Arbeitsplätze, gerade für geringqualifizierte, vernichten. Und Erfahrungen aus Ländern, in denen es einen Mindestlohn gibt, zeigen, dass die soziale Situation von Arbeitnehmern im unteren Einkommenssegment dort nicht gerade rosig aussieht.

Doch auch wenn vieles dafür spricht, dass der Mindestlohn das falsche Instrument ist – das Ziel, das seine Befürworter damit verfolgen, ist gerechtfertigt. Gerade in den neuen Bundesländern mit geringem gewerkschaftlichen Organisationsgrad gilt es, einen frei-





Gerald Weiß

en Fall der Löhne nach unten zu verhindern. Bei aller gebotenen Flexibilisierung des Arbeitsmarktes muss man das legitime Interesse der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nach Schutz und Absicherung im Auge behalten.

Zunächst kommt es nicht auf neue Schritte des Gesetzgebers an, sondern auf eine ehrliche Analyse: Was vermag das deutsche System der Lohnfindung noch zu leisten? Wie sieht die tarifliche Wirklichkeit in Deutschland aus? Einerseits wird den Tarifvertragsparteien vorgeworfen, sie trügen durch manche Tarifabschlüsse zum Fortbestand der hohen Arbeitslosigkeit bei. Andererseits müssen Spitzengewerkschafter wie Frank Bsirske jetzt eingestehen, dass sie es allein nicht mehr packen, humane Mindestarbeitsbedingungen zu sichern. Vermutlich ist weder das eine noch das ande-

re ganz falsch. Wenn das aber so ist, muss das Tarifsyst<sub>e</sub>m auf den Prüfstand.

**Gerald Weiß** ist Vorsitzender der Arbeitnehmergruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.



## Ausbildungsabgabe: Wer ist der Verlierer?

### Stellungnahme zum Streit in der SPD über regionale Ausnahmen bei der Einführung einer Ausbildungsplatzabgabe:

Der Plan von Rot/Grün, noch im März einen Gesetzentwurf zur Einführung einer Ausbildungsabgabe vorzulegen, wird immer mehr zum Debakel für den designierten Parteichef der SPD, Franz Müntefering. Die Tatsache, dass mehrere SPD-Ministerpräsidenten (NRW, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein) jetzt regionale Ausnahmen zur „Ausbildungsumlage“ fordern, zeigt, wie umstritten das Prestigeprojekt von Müntefering innerhalb der eigenen Partei ist.

Münteferings Ausspruch, dass die Solidarität in Deutschland insgesamt allen Jugendlichen gelten müsse, ist richtig. Die Schlussfolgerung kann aber nur sein, dass die Ausbildungsumlage gar nicht kommen darf. Selbst in der Koalition setzt sich lang-



Günter Krings

sam die Erkenntnis durch, dass mit einer Ausbildungsumlage kein einziger zusätzlicher Ausbildungsplatz geschaffen wird. Vielmehr werden sich die Betriebe von ihrer Verantwortung, junge Menschen auszubilden, freikaufen.

Die Ausbildungsabgabe widerspricht allen Ankündigungen der Bundesregierung, die Lohnkosten senken zu wollen. Die Wirtschaft darf aber nicht dafür bestraft werden, dass sie aufgrund schlechter Rahmenbedingungen keine Lehrstellen anbieten kann. Freie Wirtschaft bedeutet, dass Unternehmen ausbilden, wenn sich Auszubildende für die Firmen rechnen. Dies wird aber offensichtlich durch hohe Ausbildungskosten, Überregulierungen und mangelndes Allgemeinwissen der Auszubildenden verhindert.

**Günter Krings** ist Vorsitzender der Jungen Gruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.



### Anstecknadel der Senioren-Union 5 jährige Mitgliedschaft

Bestell-Nummer: **0101**  
Preis je 10 Stück: **2,80 €**  
inkl. MwSt.: 3,25 €

### Urkunde Senioren-Union 5 jährige Mitgliedschaft

Bestell-Nummer: **0102**  
Preis je 10 Stück: **1,30 €**  
inkl. MwSt.: 1,51 €



### Anstecknadel der Senioren-Union 10 jährige Mitgliedschaft

Bestell-Nummer: **0103**  
Preis je 10 Stück: **2,80 €**  
inkl. MwSt.: 3,25 €

### Urkunde Senioren-Union 10 jährige Mitgliedschaft

Bestell-Nummer: **0104**  
Preis je 10 Stück: **1,30 €**  
inkl. MwSt.: 1,51 €



### Ehrenurkunde der Senioren-Union ohne Jahresangabe

Bestell-Nummer: **0723**  
Preis je 50 Stück: **13,80 €**  
inkl. MwSt.: 16,00 €







**Leporello  
„Hier sind wir“**

Bestell-Nummer: **2023**  
Preis je 100 Stück: **22,00 €**  
inkl. MwSt.: 23,54 €



**Leporello „Kritikpunkte  
zum Begriff der Pflege-  
bedürftigkeit“**

Bestell-Nummer: **5730**  
Preis je 25 Stück: **28,10 €**  
inkl. MwSt.: 30,07 €



**Aufnahmeantrag der  
Senioren Union**

Bestell-Nummer: **6293**  
**100 Stück kostenlos**



**Broschüre  
„Nachberufliche  
Tätigkeit“**

Bestell-Nummer: **5766**  
Preis je 50 Stück: **33,80 €**  
inkl. MwSt.: 36,17 €

**BESTELLANSCHRIFT**

arvato logistics services  
Bertelsmann-Versandzentrum  
Postfach 1162, 33759 Versmold  
Telefax 05241-8041892  
e-mail:  
cdu-shop@bertelsmann.de



**Aktionszeitung „Wachstum“  
 Ausgabe 1/2004**

Bestell-Nummer: **1013**  
 Preis je 250 Stück: **18,50 €**  
 inkl. MwSt.: 19,80 €